

ziehung waren wir immer eine fortschrittliche Partei und werden es auch bleiben. In dieser Richtung stimmen wir mit den Sozialdemokraten überein, sonst aber in keiner. Gemeinde- und Parteileitung haben noch am Samstag eine Kundgebung beschlossen, welche gegen die einseitige, von der Regierung besetzte Taktil auf das entschiedenste protestierte. (Beifall.) Es mußte der Regierung doch gesagt werden, daß es neben den Sozialisten in der Zweimillionenstadt auch noch andere Menschen gibt. (Stürmischer Beifall.) Es mußte der Regierung gesagt werden, daß sie mit ihrer Taktil sich auf eine schiefe Bahn begab. (Zustimmung.) Wir verschließen uns keiner berechtigten Forderung, welche aus der Mitte des Volkes erhoben wird, aber diese einseitigen Vorgehen auf Kosten der Allgemeinheit — das ist ein Standpunkt, der auf das schärfste bekämpft werden muß. (Stürmischer Beifall.) Ich bin stolz darauf, daß unsere Partei die erste antisozialistische Partei war, welche mit einer Kundgebung gegen diese Vorgänge in die Öffentlichkeit trat und damit bekundet hat, daß sie nicht bloß existierte, sondern auch den Mut fand, ihren Standpunkt in scharfer und präziser Weise zu kennzeichnen. Diesen Standpunkt wollen wir auch weiterhin einnehmen. Unsere Partei hat schwierigere Kämpfe bestritten als diese. Wir haben 30 Jahre Kampf hinter uns, 22 Jahre sind es bald, daß wir hier im Rathaus regieren. Viele von uns sind alt geworden, aber auch den Veteranen blüht noch das Feuer aus den Augen und sie werden nicht zurückstehen, wenn es gilt, einen neuen schweren Kampf zu führen. (Lebhafter Beifall.) Ich appelliere an Sie, und durch Ihren Beifall haben Sie ja die angedeutete Absicht mit Freuden begrüßt. Kommt der Tag, an dem wieder die Bolschewiken von Wien versuchen sollten, die Macht an sich zu reißen und sollten wir wieder eine Regierung haben, die sich durch Schwäche und Mangel an Rückgrat auszeichnet, so werden wir auftreten als Hort der Ordnung und Sicherheit. (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall.)

Merkwürdiges vom letzten Ausstand.

Landesausschuh Kunschak erörterte die Ausstands-bewegung. Ich glaube, sagte der Redner, daß die Sozialdemokraten von dieser Bewegung überrascht wurden. Denn man kann sich nicht leicht vorstellen, daß die sozialdemokratischen Führer so widersinnig veranlagt sind, eine derartige Behandlung, wie sie ihnen zuteil wurde, sich selbst zu verschaffen. Das Unstimmigste in der sozialdemokratischen Partei vorhanden sind, das hat man schon aus einem Artikel des verstorbenen Abgeordneten Bernerstorfer gesehen, den dieser im Jahre 1915 in der „Volkstribüne“ veröffentlichte. In diesem Artikel sprach damals schon Bernerstorfer von einem „Klänge!“ von sozialistischen Akademikern, der aus lauter Juden bestehe. Schon daraus hätte man entnehmen können, daß sich ein Kampf in der Partei vorbereitet. Dessen ungeachtet glaubt Redner aber, daß die heutige Bewegung die Parteileitung überrascht habe. Doch die Regierung muß darauf vorbereitet gewesen sein und daß sie trotzdem in einer Zeit, da Friedensverhandlungen im Zuge sind, eine solche Maßnahme getroffen, wie die Verminderung der Wehrquote, ist unverantwortlich. (Beifall.) Der Redner von Wiener-Neustadt besprach die eigenartige Erscheinung, daß die zwei letzten großen Streiks der Sozialdemokraten vom Arsenal aus sich entwickelt haben, wo unter den Augen der Behörden ein sozialistisches Regime eingeführt worden sei und alle Arbeiter zwangsweise zur sozialdemokratischen Organisation genötigt würden. (Stürmische Entrüstung.) Denn nicht mehr unklaren Absichten der Sozialdemokraten müsse ein Damm entgegen gesetzt werden, und das könne nur geschehen, wenn auch die Bürgerlichen eine Armes mobilisieren zum Schutze alles dessen, für das unsere Brüder auf den Schlachtfeldern gekämpft und geblutet haben. (Großer Beifall.)

Das zweierlei Maß der Regierung.

Reichrathsabgeordneter Dr. Mataja fährt aus, die Regierung habe auch gewußt, daß eine Bewegung bestehe, die weit über das Ziel der Sozialdemokratie hinausgehe; es sei dies die Zimmerwalder-Bewegung. In einer solchen Zeit dürfe man keine derartige Maßnahme treffen. Ein noch größerer Fehler sei es gewesen, daß die Regierung einseitig mit einer Partei verhandelt habe.

Der Mangel jeder Energie, den unsere Regierung in der letzten Zeit aufgewiesen habe, sei an einer einzigen Stelle durchbrochen worden. Während man die Flugblätter der Anarchisten, die Wien in Tausenden von Exemplaren überschwemmten, vollständig unbeachtet und unberührt ließ, habe man eins von tiefgefühltesten Patriottismus getragene Flugblatt des katholischen Volksbundes zur Wange konfiziert. (Stürmische Entrüstung.) Eine der Ursachen der Ausstands-bewegung sei auch die gewesen, daß die Sozialdemokraten sich als die Friedensbringer aufspielen wollten. Das Gegenteil bewies ihr Fiasko in Stockholm und daß Trozki auf sein Friedensangebot von der Entente nicht einmal eine Antwort erhalten hat. Redner verurteilte aufs schärfste die Ausstands-bewegung, die die größte Gefahr für das Zustandekommen des Friedens sei. (Lebhafter Beifall.)

Straffere Organisation nötig!

Stadtrat Angermayer beantragte sodann folgende Resolution:

„Die heutige Vertrauensmänner-versammlung spricht der Parteileitung für ihre in diesen Tagen der schwersten Krise unseres Vaterlandes an den Tag gelegte Umsicht und Tatkraft den Dank aus und versichert sie ihres vollsten Vertrauens. Sie beschließt im Sinne der Ausführungen der Redner die Schaffung einer strafferen Organisation in allen Wiener Bezirken, um in Zukunft allen Vorgängen gewappnet entgegenzutreten zu können.“

Die Entschließung wurde unter begeisterter Zustimmung einstimmig angenommen und die Versammlung sodann unter stürmischen Hochrufen auf die christlich-soziale Partei geschlossen.

Neues Licht über den Ausstand.

Die sozialdemokratische Ausstands-bewegung hat uns, abgesehen von der durch den Grafen Czernin festgestellten Gefährdung des Friedens mit Rußland und der Ukraine, auch in der öffentlichen Meinung des Deutschen Reiches außerordentlich geschadet, um so mehr, als in die reichs-deutsche Presse von interessierter Seite Meldungen voll der ungläublichsten Uebertreibungen über den Umfang des Ausstandes geschmuggelt wurden. Nun wurde heute im Hauptausschusse des Berliner Reichstages bei der Erörterung des Treibens der russischen Bolschewiken der Inhalt eines von den unabhängigen Sozialisten vorbereiteten Flugblattes mitgeteilt, daß zum Massenaustand in den nächsten Tagen auffordert. Im Reichstagsausschusse war man einig darüber, daß es sich um eine im Einverständnis mit den Bolschewiken geplante Aktion zur Schwächung der Mittelmächte handle. Der Vertreter der Regierung ließ keinen Zweifel dar-

Rei

Eine Vertrauensmänner-versammlung des christlich-sozialen Wien.

Ein Nachwort zu den Streiktagen.

Donnerstag abends fand im Gemeinderats-Saal eine große Vertrauensmännerkonferenz der christlich-sozialen Partei statt, um die letzten Wiener Ereignisse zu besprechen und Beschlüsse für die Zukunft zu fassen. Brinz Alois von und zu Viechtenstein begrüßte die erschienenen Vertrauensmänner und erteilte dem Bürgermeister Doktor Weiskirchner das Wort, der folgendes ausführte:

Die Rede des Bürgermeisters:

Es ist eine selbstverständliche Pflicht Ihrer Parteileitung gewesen, den außerordentlichen und bedeutungsvollen Vorgängen der letzten Woche parteigemäß die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden und wir haben es als unsere Pflicht erachtet, Sie für heute einzuladen, damit durch die Berichterstattung Ihrer Parteileitung der nötige Kontakt zwischen den einzelnen Bezirken und dem Rathaus hergestellt werde und damit auch Formen gefunden werden, die eine Gewähr bieten, daß für die Zukunft, wenn sich wieder solche Vorkommnisse ereignen sollten, ein untrennbarer Zusammenhang aller unserer Parteifreunde in allen Bezirken sicher gestellt erscheint. Das, was sich in der letzten Woche abgespielt hat und was der Ausgangspunkt für die Bewegung der Sozialdemokratie geworden war, das hat die Wiener Gemeindeverwaltung seit längerer Zeit vorausgesehen. Wenn in einem gemäßigten Blatte der Vorwurf erhoben wurde, daß der Wiener Stadtrat und die Gemeinde erst in letzter Stunde zu den Approvistations-schwierigkeiten Stellung genommen hätten, so ist das eine Unwahrheit, denn wir haben dies seit Monaten immerfort getan, wir haben der Regierung unsere Vorschläge unterbreitet und wir haben die Regierung gewarnt. Alle unsere Vorstellungen blieben aber erfolglos. Wir haben bereits im November auf die bevorstehende Wahlnot aufmerksam gemacht und dringend um Abhilfe erklucht; Wir erhielten die Mitteilung, es sei bis zur nächsten Woche alles gesichert. Wenige Tage nach dieser offiziellen Regierungserklärung wurde die Wehrquote verkürzt! Ich lade Sie ein, das heute erscheinende Amtsblatt der Stadt Wien mit der Rede des Kollegen Spalowsky und die ganze Debatte über die Wehrfrage in der letzten Gemeinderatssitzung nicht nur selbst zu lesen, sondern auch zur Kolportage zu verwenden, damit Sie Ihren Kollegen in den Bezirken zur Kenntnis bringen, daß der Gemeinderat stets seine Pflicht erfüllt hat. Es ist darin ein ganzes Stalendium vom August 1917 bis zum Jänner 1918 enthalten, in welchem jeder Schritt, den wir in der Wehrfrage machten, dargestellt ist. Jetzt ist die Sozialdemokratie, ausgehend von der Verkürzung der Wehrquote, mit einem vierstägigen Ausstand gekommen, dessen Effekt war: ein vierstägiger Entgang des Arbeitsverdienstes, eine Erklärung der Regierung und — wir haben noch immer kein Wehr!

Das Ergebnis des Ausstandes kann nicht schärfer charakterisiert werden, als durch die Tatsachen, welche eingetreten sind. (Beifall.) Aber, meine Herren, aus dem Vierstägigen Wehr ist eine politische Bewegung hervorgewachsen und schon am zweiten Tage derselben war vom Wehr keine Rede mehr, sondern nur mehr von bestimmten Forderungen der internationalen Sozialdemokratie, welche von unserer Regierung akzeptiert worden sind! Sie können sich denken, daß diese Vorgänge Ihre Parteileitung nicht ruhig gelassen haben. Was heißt zum Beispiel: „Demokratisierung des Wahlrechtes?“ So wie wir hier sitzen, sind wir eine Partei, welche stets für die Erweiterung des Wahlrechtes eingetreten ist. Noch bevor eine Sozialdemokratie bestanden hat, noch bevor das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht im Reichsrate eingeführt war, hat unser großer Führer Dr. Dluger für das Wahlrecht der Fünfguldenmänner gekämpft. (Beifall.) Vor einem halben Jahre habe ich hier von meinem Sitze aus die Erklärung abgegeben, daß durch die Kriegsverhältnisse es notwendig erscheint, daß wir den Männern, welche draußen an der heilumstrittenen Front für die Erlösung unseres Vaterlandes kämpfen, das Wahlrecht nicht verweigert werden. Also in dieser Be-